



Die vorliegende Datei ist als MS-Word-Dokument (-.doc), wahlweise als Adobe-Acrobat-Datei (-.pdf), erstellt und schreibgeschützt. Der Text kann aus dem Netz heruntergeladen, ggf. ausgedruckt und für persönliche wissenschaftliche oder journalistische Recherchezwecke verwendet werden. Zitate aus dem Text sind mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Deutsche Hochschulpolitik – eine Gefährdung der Geisteswissenschaften.

Zwölf Thesen des Mediävistenverbandes zur aktuellen Hochschulpolitik

A. Übersicht:

Die gegenwärtige Hochschulpolitik mit ihren Sparmaßnahmen, ihren gezielten, einseitigen Eingriffen in das Hochschulsystem und deren paktischen Auswirkungen gefährdet in einem bedrohlichen Ausmaß Bestand und Zukunft der Geisteswissenschaften. Der Mediävistenverband warnt daher eindringlich vor einseitigen Weichenstellungen und mahnt die Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Hochschulen zu einer verantwortungsvollen Haltung, zur Anerkennung der Rolle der Geisteswissenschaften in unserer Gesellschaft und zur Sicherung und Stärkung ihrer Funktionen.

1. Universitäten, Wissenschaft und Wissenschaftler/innen dürfen nicht einseitig nach fachfremden Kriterien und „Marketingmethoden“ bewertet werden.
2. Externen Hochschulräten darf nicht die Entscheidungsbefugnis über Forschung und Lehre übertragen werden.
3. Mittelkürzungen und Stellenstreichungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Geisteswissenschaften gehen oder die Vielfalt der geisteswissenschaftlichen Fächer gefährden.
4. Universitäre Fächer und Arbeitsbereiche dürfen nicht allein durch eine Juniorprofessur abgedeckt werden.
5. Die „leistungsbezogene“ Verteilung der Finanzhaushalte auf die Universitäten und innerhalb derselben und die Besoldung der Hochschullehrer/innen nach Leistung muß die



unterschiedlichen Voraussetzungen der Fachkulturen und die Vielfalt der erbrachten Leistungen in Forschung und Lehre berücksichtigen.

6. Die Bundesregierung darf sich nicht aus ihrer Verantwortung für die Hochschulen zurückziehen.
7. Die Herausnahme des Studiums aus der Rentenberechnung ist ein falsches Signal, solange der Prozentsatz der Hochschulabsolventen in Deutschland weit unter dem internationalen Durchschnitt liegt.
8. Die 12-Jahres-Frist für angestellte Wissenschaftler/innen muß wegen ihrer negativen Auswirkungen wieder aufgehoben werden.
9. Die bevorstehende Einführung der neuen B.A.-Studiengänge darf auf keinen Fall zu einer fachspezifischen Nivellierung, zu einer Beschneidung der wissenschaftlichen, methodenorientierten Ausbildung und zu einer Gefährdung der Vielfalt der Fachkulturen führen.
10. Die angestrebte Verkürzung der Studienzeit darf nicht einseitig zu Lasten der „älteren“ Abteilungen der Fächer gehen. Die mediävistische Ausbildung muß als Grundlage und historische Tradition der modernen Gesellschaft vielmehr integrativer und obligatorischer Bestandteil der Studienordnungen geisteswissenschaftlicher Fächer bleiben.
11. Die zur Zeit forcierten Tendenzen zu Haushaltsmittelkürzungen, einer weiteren Reduzierung der Professuren (bei anhaltendem Zulauf der Studierenden) und die drohende Erhöhung des Lehrdeputats führen zusammen zu einer gleich dreifachen Verschärfung der Studienbedingungen, einer weiteren Verschlechterung der Betreuungsrelationen und zu einem Mehraufwand, der sich einseitig auf Kosten der Forschung auswirkt und dazu führt, daß die Universitäten ihrem Auftrag in Lehre *und* Forschung nicht mehr nachkommen können.
12. Geisteswissenschaftlicher Forschung ist daher wieder die ihr zustehende Wertschätzung entgegenzubringen. Sie darf nicht einseitig an Bedürfnissen der Naturwissenschaften oder gar am wirtschaftlichen Nutzen gemessen werden, sondern ist in ihrem spezifischen Beitrag für die heutige und zukünftige Gesellschaft zu würdigen.



B. Erläuterung der Thesen:

Mit großer Sorge verfolgt der Mediävistenverband die derzeitigen Entwicklungen in der Hochschulpolitik und die Einstellung von Politik, Medien und öffentlichen Institutionen gegenüber Wissenschaft und Forschung, insbesondere gegenüber den Geisteswissenschaften. Die derzeitigen hochschulpolitischen „Reformmaßnahmen“ führen, möglicherweise entgegen ihrer Intention, in der Praxis und in ihren Auswirkungen zu einer Abwertung und Zersetzung der Geisteswissenschaften. Die gegenwärtige Politik ist gekennzeichnet durch eine schnelle Folge von schwerwiegenden, wenig reflektierten Eingriffen in das Hochschulwesen in Form einander ablösender Novellierungen der Hochschulgesetze, Kürzungs-, Konzentrations- und Nivellierungsmaßnahmen an den Universitäten, eine kontinuierliche Reduzierung des Personalbestandes und der Budgets vieler Fächer und Fachbereiche, eine zunehmende Orientierung der Wissenschaft und der Universitäten an Kriterien der freien Marktwirtschaft sowie hochschulinterne Umschichtungsversuche zu Lasten der Geisteswissenschaften. Solche Maßnahmen und Entwicklungen gefährden Wissenschaft und Forschung, wenn sie deren Eigenbedürfnisse und gesellschaftliche Funktion mißachten. Sie lehnen sich an westliche, vor allem amerikanische Vorbilder an, ohne die Unterschiede der Hochschulsysteme zu beachten und die notwendigen Grundlagen für eine wirkliche Reform zu schaffen (beispielsweise bei der Einführung der „Juniorprofessuren“ nach dem Vorbild amerikanischer Assistant und Associate Professors bei gleichzeitigem Festhalten an festen Planstellen).

Der Mediävistenverband verkennt nicht, daß ein – allein schon zur Angleichung an den internationalen Standard dringend notwendiger – Ausbau der Universitäten angesichts der derzeitigen Finanzlage nicht zu erwarten und wohl auch nicht zu leisten ist. Um so mehr aber ist Sorge für zukunftsfähige Konzepte zu tragen, die der Verschiedenartigkeit der Wissenschaften, der Verantwortung der Geisteswissenschaften und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung Rechnung tragen. Wissenschaft ist Grundlage der Zukunft und kann nicht ausschließlich am gegenwärtigen Bedarf gemessen werden. Der Bundespräsident Johannes Rau hat das auf seiner Rede auf dem Hochschulverbandstag 2002 deutlich zum Ausdruck gebracht (abgedruckt in *Lehre und Forschung* 5, 2002, S. 230-234). Der Mediävistenverband appelliert daher an alle Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Hochschulen, sich dieser Ziele zu erinnern und die Zukunft der Geisteswissenschaften nicht zu gefährden. Insbesondere sei auf die folgenden, besorgniserregenden Tendenzen aufmerksam gemacht.

1. Die zunehmende Tendenz, die Universitäten als Ganzes und deren Fakultäten oder Fachbereiche einseitig nach „Marketingmethoden“ und Kriterien des



„Wissenschaftsmanagements“ zu organisieren und auch die einzelnen Hochschullehrer/innen nach entsprechenden Fähigkeiten zu bewerten, widerspricht zutiefst dem Charakter und den Aufgaben der Geisteswissenschaften. Abschreckend ist ein seit kurzem praktizierter Modellversuch, nach dem sich die zu Berufenden der Evaluation durch ein Marketingunternehmen stellen müssen: Hier werden sie nicht nur nach fachfremden Bedürfnissen und Kriterien beurteilt. Auf der Grundlage eines lediglich zweistündigen Interviews wird darüber hinaus ein scheinbar umfassendes „Persönlichkeitsbild“ erstellt, ohne daß die Grundlagen und Kriterien der Beurteilung im einzelnen nachvollziehbar wären.

2. Externe Hochschulräte, die zunehmend gesetzlich vorgeschrieben und eingerichtet werden, haben als beratende Organe ihren Sinn, weil sie neue Aspekte in die Hochschullandschaft einzubringen vermögen. Als Entscheidungsgremien sind sie hingegen ungeeignet, weil sie von ihrer Zusammensetzung her die oben beschriebenen Tendenzen in der Praxis noch verschärfen, die Belange von Forschung und Wissenschaft fachfremd steuern und die Geisteswissenschaften zu Gunsten einer rein marktorientierten Ausbildung und „angewandter“ Kenntnisse noch weiter beeinträchtigen werden.

3. Die in fast allen Bundesländern seit langem anhaltenden und aktuell verschärft drohenden, einschneidenden Mittelkürzungen und Stellenstreichungen oder -umschichtungen gehen erfahrungsgemäß vor allem zu Lasten der Geisteswissenschaften. So sollen nach den von Senat und Bürgerschaft Hamburgs leicht modifiziert gebilligten Vorgaben einer Strukturkommission mit der Begründung eines angeblich sinkenden Bedarfs unter anderem die geisteswissenschaftlichen Fächer um 25 % reduziert und die Absolventenquote in diesen Fächern drastisch gesenkt werden. Tatsächlich sind Zulauf zu und Bedarf an diesen Fächern jedoch seit langem unvermindert ansteigend. Solche und ähnliche Maßnahmen entbehren daher nicht nur jeder Grundlage, sie gefährden darüber hinaus die Fächervielfalt und die Zukunft der Geisteswissenschaften insgesamt.

4. Seit der Einrichtung von Juniorprofessuren werden an vielen Universitäten ganze Fächer oder Arbeitsbereiche lediglich durch eine – personell turnusmäßig wechselnde – Juniorprofessur, meist als abgewerteter Restbestand der vorherigen, nun abgeschafften „Vollprofessur“, abgedeckt. Das widerspricht nicht nur dem eigentlichen Anliegen der Nachwuchsförderung, sondern gefährdet den Bestand und die Wahrnehmung dieser Fächer in hohem Maße.

5. Die künftig forcierte Zuwendung der Budgets und Gehälter nach erbrachter Leistung auf allen Ebenen (Gesamtuniversität, Fakultäten/Fachbereiche, W-Besoldung der einzelnen Hochschullehrer/innen) wäre grundsätzlich zu begrüßen, wenn nicht auch hier einseitig Kriterien



angelegt würden, welche die Geisteswissenschaften benachteiligen. Die bislang bevorzugt genannten „Leistungsfelder“, Betreuung der Hochschulabsolventen (Abschlußarbeit), Drittmittelwerbung und universitäre Ämter, sind zwar wichtige und zugegebenermaßen leicht meßbare, aber bei weitem nicht die einzigen Kriterien wissenschaftlicher Leistung und blenden wichtige Bereiche von Forschung und Lehre vollkommen aus. Eine leistungsorientierte Finanzmittelzuweisung muß, wenn sie gerecht sein und den unterschiedlichen Gegebenheiten der Fachstrukturen Rechnung tragen will, *alle* Leistungen in Forschung und Lehre berücksichtigen.

6. Verfehlt erscheint uns angesichts der angestrebten Vereinheitlichung auch ein vollständiger Rückzug des Bundes aus der Verantwortlichkeit für die Hochschulpolitik zugunsten der Länder. Wenn auch in Zukunft eine prinzipielle Vergleichbarkeit der Ausbildung und eine gerechte Verteilung der Mittel gewährleistet sein soll, bedarf es einer Richtlinienkompetenz des Bundes und seiner maßgeblichen Beteiligung an den Ausgaben für die Bildung. Hier sei auf die entsprechende Resolution des Hochschulverbandes verwiesen, der sich der Mediävistenverband inhaltlich anschließt.

7. Angesichts der Tatsache, daß der Prozentsatz der Hochschulabsolventen in Deutschland weit unter dem internationalen Durchschnitt liegt, ist auch eine Herausnahme des Studiums aus der Rentenberechnung ein vollkommen falsches Signal, das dringend zu überdenken wäre.

8. Die Zwölfjahresfrist für Wissenschaftliche Angestellte muß revidiert werden. Sie zeigt bereits nach kurzer Zeit negative Auswirkungen, da sich zunehmend gerade gute Nachwuchswissenschaftler/innen infolge der unsicheren Zukunftschancen an den Hochschulen ihre Berufsperspektiven außerhalb der Universität suchen.

9. Die laut Beschluß der KMK in Zukunft flächendeckend vorgeschriebene Einführung von B.A./M.A.-Studiengängen mag einer Internationalisierung der akademischen Ausbildung angemessen sein (wenngleich sich die Vergleichbarkeit der Abschlüsse auch auf andere Weise feststellen ließe), doch ist gerade deshalb auch hier darauf zu achten, daß über einer formalen Vereinheitlichung der Studiengänge erstens die fachspezifischen Bedürfnisse nicht nivelliert, zweitens die unverzichtbare wissenschaftliche und methodenorientierte Ausbildung in den Geisteswissenschaften nicht eingeschränkt und drittens die Vielfalt der Fachkulturen nicht gefährdet werden. Geisteswissenschaften lassen sich sinnvoll und berufsorientiert *nur* in einem wissenschaftlichen Studium vermitteln. Die gegenwärtigen Diskussionen tendieren zudem an Stelle einer internationalen Angleichung zu einer nationalen Vielfalt und zu einer Beliebigkeit der Studiengänge, die einen Studienortwechsel in Zukunft enorm erschweren werden.



10. Im Zuge der Tendenzen zu einer Verkürzung des Studiums – und es sei daran erinnert, daß die heute durchschnittlich zu langen Studienzeiten der Hochschulabsolventen keineswegs aus überfrachteten Studienordnungen, sondern aus der in Deutschland denkbar ungünstigen Betreuungsrelation resultieren, soweit sie nicht außerhalb der Universität liegende Gründe haben – dürfen nicht leichtfertig gerade die „älteren“ Abteilungen der Fächer weitere Einbußen hinnehmen oder zu lediglich fakultativen Elementen der neuen Studienordnungen werden: Eine Fachausbildung ohne Berücksichtigung der historischen Traditionen und Grundlagen der modernen Gesellschaft bleibt nicht nur unvollständig, sondern gefährdet Einsicht und Wissen um unser Werden im gleichen Maße, wie es den Kontrast zur Moderne ausblendet und die dadurch gebotenen Möglichkeiten zu eigener Standortbestimmung und Kritikfähigkeit beschneidet. Es ist daher eine gefährliche Entwicklung, wenn an zahlreichen Universitäten infolge der Stellenstreichungen die mediävistische Unterweisung in einigen Fächern schon jetzt „nebenbei“ durch nicht spezifisch dafür ausgebildete Lehrkräfte erfolgt.

11. Die in nahezu allen Bundesländern betriebene, anhaltende und zur Zeit forcierte Tendenz zu Haushaltsmittelkürzungen und Stellenstreichungen und die drohende und in einem Bundesland bereits durchgesetzte Erhöhung des Lehrdeputats führen, zusammengenommen, bei dem gleichzeitig anhaltenden Zulauf der Studierenden zu einer – gleich dreifach potenzierten – Verschlechterung der Studienbedingungen und zu einer Mehrbelastung, die nicht hingenommen werden kann. Das in Deutschland im internationalen Vergleich ohnehin miserable Betreuungsverhältnis wird sich dadurch noch einmal enorm verschlechtern und die Qualität der Lehre negativ beeinflussen. Diese Situation verschärft sich weiter dadurch, daß für viele, im Kern begrüßenswerte Reformbestrebungen, beispielsweise für die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen selbst, keine Mittel vorgesehen sind, den dadurch entstehenden Mehraufwand aufzufangen. Es ist bereits jetzt offensichtlich, daß der Arbeitsaufwand, wie manche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, wiederum einseitig auf Kosten der Forschung zu leisten ist. Unter solchen Belastungen können die Universitäten ihren Auftrag in Lehre *und* Forschung nicht mehr sachgerecht erfüllen. Das hat verhängnisvolle Auswirkungen für die Ausbildung der künftigen Generationen, die Zukunft der Wissenschaft und den deutschen Beitrag in der internationalen Wissenschaftsdiskussion.

12. Besonders gravierend ist es nämlich in diesem Zusammenhang, daß über den Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre, zur Anpassung des deutschen Hochschulsystems an internationale Gegebenheiten und zur Änderung der Universitätsstrukturen der Forschung selbst nur noch ein untergeordneter Stellenwert beigemessen und zumal der Wert geisteswissenschaftlicher Forschung zunehmend verkannt wird. Bei der Umsetzung werden die Geisteswissenschaften einseitig an Bedürfnissen der Natur- und sogenannten Anwendungswissenschaften gemessen. Wenn die Geisteswissenschaften eine Zukunft haben



sollen und wenn die deutschen Geisteswissenschaftler/innen im internationalen Standard mithalten wollen, ist hier ein Umdenken dringend erforderlich.

Der Mediävistenverband setzt sich mit seinem Gewicht daher nachdrücklich für eine wissenschaftsfreundliche Reform und für den Erhalt und die Stärkung der Geisteswissenschaften mitsamt ihrer mediävistischen Abteilungen ein. Er appelliert an alle Verantwortlichen, der Bedeutung und Funktion der Kultur- und Geisteswissenschaften in einer modernen Gesellschaft Rechnung zu tragen und ihren Bestand nicht durch Mißachtung ihres spezifischen Charakters zu gefährden. Er mahnt von seiner Ausrichtung her insbesondere, die mittelalterlichen Traditionen auch unter den veränderten Bedingungen als einen integrierten Bestandteil der universitären Ausbildung zu erhalten und nicht zu einem „Spielfeld“ weniger Enthusiasten verkümmern zu lassen. Gerade das Mittelalter ist die Epoche, aus der heraus die Moderne erst entstanden und ohne dessen Kenntnis diese daher nicht verständlich ist. Zu solchen Einsichten tragen, von ihrer jeweiligen Perspektive her, alle mediävistischen Disziplinen entscheidend bei. Ihr Bestand ist daher grundsätzlich angemessen zu wahren. Wissenschaft und Gesellschaft von morgen werden den Verantwortlichen von heute einen verantwortungsvollen Umgang mit geisteswissenschaftlicher Forschung und mit der Erforschung der mittelalterlichen Traditionen der Moderne zu danken wissen.